



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 197
28. Juni 2019

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

mit dem Ende dieser Sitzungswoche geht der Bundestag in seine parlamentarische Sommerpause. Ich werde diese Zeit nutzen und viel im Wahlkreis und in Rheinland-Pfalz unterwegs sein.

Diese letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause war keine gewöhnliche. Denn sie stand unter dem Eindruck der neuesten Erkenntnisse zur Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der offensichtlich rechtsextremen Motiven zum Opfer gefallen ist. Auch wenn ich Walter Lübcke nicht persönlich kannte, so bin ich über den Mord und die Gründe, die zu seiner Ermordung führten, zutiefst erschrocken. Denn sie verdeutlichen, dass die Werte der Demokratie offensichtlich keine Selbstverständlichkeit mehr sind. Es liegt an uns allen, dem entschieden entgegenzutreten. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble wies zu Beginn der Plenarsitzung am Mittwoch darauf hin, dass es auch Aufgabe der Politik ist, Vorbild zu sein und Hass und Hetze keinen Nährboden zu bieten.

Mein tiefempfundenes Mitgefühl gilt allen Angehörigen sowie Freunden von Walter Lübcke.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Rede zur Aufarbeitung der Arbeit der Treuhand



Mit Klick auf das Bild gelangen Sie zum Video meiner Rede.

Am Donnerstag haben wir im Deutschen Bundestag über Anträge der Linken und der AfD zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses über die Arbeit der Treuhandanstalt diskutiert. Das Thema Treuhand bewegt nach wie vor viele Menschen im Osten und wird dort verständlicherweise sehr emotional diskutiert. Ich habe in meiner Rede deutlich gemacht, dass die Aufarbeitung der Arbeit der Treuhand zweifelsfrei wichtig ist, die Instrumente eines Untersuchungsausschusses hierfür aber nicht die richtigen sind. Denn Untersuchungsausschüsse dienen der parlamentarischen Kontrolle der Regierung. Daher gab es auch in den 1990er Jahren zwei Untersuchungsausschüsse zur Treuhand. Heute geht es aber nicht mehr um die Aufarbeitung der Arbeit

einer Regierung, sondern um die historische Aufarbeitung und Einordnung der Thematik. Diese steht noch aus. Denn die Wissenschaft hat gerade erst begonnen, ihre Forschungsarbeit zur Treuhand aufzunehmen. Die Zwangsinstrumente eines Untersuchungsausschusses sind hierfür aber nicht notwendig. So gab es 2017 beispielsweise eine groß angelegte Studie der Ruhr-Universität Bochum, bei der 500 Personen, darunter auch ehemalige Treuhandmanager, befragt wurden. Das zeigt: Die notwendige historische Einordnung der Treuhand findet auch ohne politischen Druck statt und ist in den Händen von Historikern am besten aufgehoben.

Das Video meiner Rede können Sie [hier](#) oder durch Klick auf das Foto ansehen.

GESUNDHEIT

Debatte über Organspende

Nachdem Ende 2018 bereits eine Orientierungsdebatte zur Frage wie die Zahl der Organspenden erhöht werden kann, stattfand, haben wir in dieser Woche erstmals über zwei überfraktioniel- le Gesetzesentwürfe debattiert.

Der erste Gesetzesentwurf sieht die Einführung der sogenannten doppelten Widerspruchslösung vor. Diese würde dazu führen, dass jeder Bürger als potentieller Organspender gilt, der zu Lebzeiten keinen Widerspruch erklärt hat.

Der zweite Gesetzesentwurf, den auch ich unterstütze, sieht Maßnahmen vor, die die Entscheidungsbereitschaft stärken sollen. Denn die Hauptursache der geringen Organspendezahlen ist nach wie vor, dass viele Menschen sich zu Lebzeiten nicht mit dem Thema Organspende beschäftigen. Damit sich das ändert, soll ein Online-Register aufgebaut werden, in dem Bürger jederzeit und einfach ihre Entscheidung hinsichtlich einer möglichen Organspende dokumentieren, ändern, aber auch widerrufen können. Die Abgabe einer solchen Erklärung soll zudem bei Ausweisstellen möglich sein.

Die Hausärzte sollen alle zwei Jahre ihre Patienten zum Thema Organspende aufklären und sie dazu ermutigen, ihre Entscheidung im Online-Register zu dokumentieren.

Wir sollten das Ziel haben, dass sich künftig jeder Bürger in Deutschland mindestens einmal und möglichst frühzeitig in seinem Leben mit dem Thema Organspende auseinandersetzt. Ich denke, dass die Maßnahmen des zweiten Gesetzesentwurfes zielführender sind, um dieses Ziel zu erreichen. Zudem würden wir einen starken Eingriff in die Rechte des Einzelnen vermeiden.

Die Abstimmung über beide Gesetzesentwürfe wird vermutlich im Herbst stattfinden.

FINANZEN

Reform der Grundsteuer auf den Weg gebracht

Die Koalitionsfraktionen haben in dieser Woche ihre Pläne zur Reform der Grundsteuer in den Bundestag eingebracht.

Die Grundsteuer ist eine wichtige Einnahmequelle der Städte und Gemeinden. Das Aufkommen liegt bundesweit bei mehr als 14 Milliarden Euro und kommt in vollem Umfang den Kommunen zugute. Die Reform ist notwendig, da das Bundesverfassungsgericht im vergangenen Jahr die jetzigen Regelungen für verfassungswidrig erklärt hatte.

Mit der nun vorgesehenen Änderung des Grundgesetzes soll die Gesetzgebungskompetenz des Bundes abgesichert und eine umfassende Öffnungsklausel für die Länder eingeführt werden. Das heißt: Jedes Land kann dann ohne inhaltliche Vorgaben des Bundes sein eigenes Grundsteuer-Gesetz machen. Auf unterschiedliche Gegebenheiten etwa zwischen Ballungszentren und ländlichen Räumen kann damit flexibel eingegangen werden. Damit werden einerseits die Einnahmen der Kommunen gesichert und andererseits die förderale Vielfalt gestärkt.

Die Union hat in den Beratungen besonderen Wert darauf gelegt, dass mit der Neuregelung der Grundsteuer Wohnen, Gewerbe und Landwirtschaft nicht zusätzlich belastet werden und dass keine unnötige Bürokratie entsteht.

Erforderlich ist nun die für eine Grundgesetz-Änderung notwendige Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat. Wird die Reform dann so im Herbst beschlossen, kann jedes Land entscheiden, ob es das Bundesrecht anwendet oder sein eigenes Gesetz beschließt. Eine Landesregelung ist dann ab sofort möglich, kann aber auch erst in den kommenden Jahren erfolgen. Denn die Neuregelung des Bundes bewirkt, dass die bestehende Grundsteuer-Regelung noch bis 2024 unverändert angewendet werden kann.

INFRASTRUKTUR

Stärkung des Mobilfunk- und Glasfaserausbaus



Zur Verbesserung des Mobilfunknetzausbaus haben wir in dieser Woche verschärfte Transparenzpflichten für die Netzbetreiber und schärfere Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen Versorgungsaufgaben ins Telekommunikationsgesetz aufgenommen. Mit den deutlich erweiterten Kompetenzen kann die Bundesnetzagentur z.B. künftig bis auf die einzelne Funkzelle genau bei jedem Netzbetreiber ermitteln, wie die tatsächliche Netzabdeckung vor Ort ist und dieses in Online-Karten veröffentlichen. Damit erhält der Bürger einen vergleichbaren, von einer öffentlichen Stelle zur Verfügung gestellten Überblick über den aktuellen Netzausbau in seiner Region. Des Weiteren wird mit der Novelle vom Gesetzgeber gegenüber den Netzbetreibern explizit klargestellt, dass sie sich zeitnah auf gesetzliche Regelungen einstellen müssen, mit denen sie in Ausnahmefällen zum aktiven Infrastruktur-Sharing verpflichtet werden können. Damit könnten Mobilfunknutzer eines Betreibers in ländlichen Regionen die Netze anderer Netzbetreiber gegen Entgelt mitnutzen.

Mit der Änderung des Telekommunikationsgesetzes haben wir zudem den Glasfaserausbau in bisher unterversorgten Regionen gestärkt. Eine bisherige Gesetzeslücke, die dazu führte, dass bereits geplante und von der öffentlichen Hand geförderte Glasfasernetze von Unternehmen genutzt wurden, um parallel eigene Netze zu verlegen und dem eigentlich geförderten Unternehmen Kunden abzuwerben, haben wir geschlossen.

BESUCHERGRUPPEN

Besuch aus dem Wahlkreis in Berlin



Foto: Schnieder



Foto: Schnieder



Foto: Breg/Atelier Schneider



Foto: Schnieder



Foto: Schnieder

In den vergangenen zwei Wochen hatte der Bundestag jede Menge Besuch aus meinem Wahlkreis. Den Auftakt machten in der vergangenen Woche der Geschichtsleistungskurs (oben links) und die 10. Klassen (oben rechts) des

Geschwister-Scholl-Gymnasiums Daun sowie die Mitarbeiter der VG Südeifel (unten links). In dieser Woche folgte die Jahrgangsstufe 12 der BBS Vulkaneifel Gerolstein (unten rechts) sowie eine Gruppe politisch Interessierter, die an

einer Bildungsreise des Bundespresseamtes teilnahmen (Mitte).

Ich danke allen Gruppen für den Besuch, das Interesse und die angeregten Diskussionen.

MITTELSTAND

Ingenieurbüro Karst aus Bitburg beim PKM-Sommerfest



Foto: Schnieder

Das Ingenieurbüro Ralf Karst war in dieser Woche in Berlin und nahm auf meine Einladung am traditionellen Sommerfest des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion teil. Viele spannende Begegnungen, unter anderem mit der CDU-Parteivorsitzenden, standen dabei auf dem Programm.



Foto: Schnieder

HEIMAT SCHMECKT

Unionsfraktion bat in Himmerod zu Tisch



Foto: Schnieder

Vor zwei Wochen gastierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihrer Veranstaltungsreihe „Die Fraktion bittet zu Tisch – Heimat schmeckt“ in Großlittgen.

Meine Kollegin, die zuständige Vizechefin der Unionsfraktion für die Themen

führer der Regionalmarke EIFEL Markus Pfeifer und Josef Wirz, Inhaber eines Edeka-Marktes, über verantwortungsbewusste Lebensmittelproduktion, die Vorteile regionaler Produkte und wie diese besser den Weg in die Ladenregale finden können.

Im zweiten Panel diskutierten Gudrun Breuer, 1. Vizepräsidentin des Landfrauenverbandes Rheinland-Nassau, Tobias Stadtfeld, Restaurantbesitzer und Chef der „Europa Miniköche Eifel“, und Mountainbike-Profi Peter Schermann über gesunde Ernährung und wie man das Kaufverhalten von Jung und Alt positiv beeinflussen kann.

Gitta Connemann und ich erläuterten dabei, welche Initiativen und Unterstützung es bereits heute auf bundespoliti-

scher Ebene gibt, um den Verbrauchern ein breites Angebot an gesunden und regionalen Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen. So verfolgt beispielsweise der nationale Aktionsplan „IN FORM“ das Ziel, die Ernährungsvielfalt in Deutschland bis 2020 nachhaltig zu verbessern.

Das Highlight der Veranstaltung war die abschließende Kochrunde mit den Europa Miniköchen Eifel. Minikoch Adrian lernte uns in der Zubereitung eines Wraps mit regionaler Forelle an.



Foto: Schnieder

Hintergrund: Mit der bundesweiten Veranstaltungsreihe „Die Fraktion bittet zu Tisch – Heimat schmeckt“ sucht die CDU/CSU-Bundesfraktion Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und informiert über ihre parlamentarische Arbeit für gesunde und sichere Lebensmittel.



Foto: Schnieder

Ernährung und Landwirtschaft, Gitta Connemann, und ich durften die Gäste bei traumhaftem Wetter vor der maleisen Kulisse des Kloster Himmerod begrüßen. Mit Expertinnen und Experten aus der Region haben wir dabei in zwei äußerst launischen und kurzweiligen Gesprächsrunden über Themen wie Ernährung und Gesundheit, die Bedeutung regionaler Lebensmittel sowie die Rolle der Politik bei all dem diskutiert. So sprachen im ersten Panel Bäckermeister Raimund Licht, der Geschäfts-



Foto: Schnieder

MINIKÖCHE

Abschlussfest der Miniköche



Foto: Schnieder

Im Haus der Jugend in Bitburg hat die Gruppe 2017-2019 der Europa Miniköche Eifel bei ihrem großem Abschlussfest gezeigt, was sie in den vergangenen zwei Jahren gelernt hat und die nahezu 200 Gäste mit einem 3-Gänge-Menü verwöhnt. Als Schirmherr durfte ich die

Zeugnisse übergeben. Ich bin wie immer sehr stolz auf „meine“ Miniköche und gratuliere allen Absolventen zur erfolgreichen Teilnahme.

Ein großes Dankeschön auch an Ernährungsberaterin Pia Lehnen, Teamleiter

Stephan Kohler von der Eifel Tourismus und an die Köche Thomas Herrig (Gasthaus Herrig in Meckel) und Tobias Stadtfeld (Heidsmühle in Manderscheid) für den Einsatz und das großartige Engagement!



Foto: Schnieder

WIRTSCHAFT

Norbert Röttgen bei der Wirtschaftswoche Wittlich



Foto: Schnieder

Die Wirtschaftswoche Wittlich wurde in diesem Jahr mit einer hervorragenden Rede von Dr. Norbert Röttgen eröffnet. Stadtbürgermeister Joachim Rodenkirch und sein Team haben wieder einmal eine tolle Messe mit vielen inter-

essanten Unternehmen und Initiativen organisiert, die die wirtschaftliche Vielfalt der gesamten Region repräsentieren. Ich freue mich schon auf die nächste WiWo.



Foto: Schnieder



Foto: Schnieder

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

... habe ich mich in dieser Woche über folgende Schlagzeile gewundert.

Frankfurter Allgemeine Zeitung / 26.06.2019 / S. 2

Schwan zu einer Doppelspitze mit Kühnert bereit

mwe. BERLIN, 25. Juni. In der Frage einer Kandidatur für die SPD-Führung hat die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan öffentlich eine Kandidatur erwogen. Sie werde kandidieren, wenn sie gebeten werde und eine „erhebliche Unterstützung“ erfahre, sagte die 76 Jahre alte ehemalige Hochschullehrerin am Dienstag im Deutschlandfunk. Schwan hatte zwei- und 2009, für die SPD erfolg-

nerts, das gegen eine Kandidatur spre- Partei wiederaufzur che. Sie gab es mit 28 an, Kühnert 64 Jahre alte Bundes Die Frist für Bew am 1. Juli und dauert pa-Universität Viadrina in Frankfurt ber. Der bevorsteht (Oder) begründete ihren Vorstoß da eine gute Zeit für c und bedrückend“ sei, wenn die SPD kommissarische Von wochenlang ohne Bewerber für den land-pfälzische Parteivorsitz bliebe. Anders als führen- Malu Dreyer, im de Politiker in der SPD, die Minister funk. Sie hoffte, oder Ministerpräsident sein, würde schwing für di sie mit der Übernahme eines Partei- „weil wir disku vorsitzes kein Amt riskieren, sondern zen Land“. Die CP- nur ihre Person, sagte sie. Die kommissarische Parteiführung viert a hatte sich für Zweier-Te macht, die e-

Foto: Schnieder

Da hat die SPD endlich einen Plan entwickelt, wie es mit ihrem Parteivorsitz weitergehen soll, und dann das! Ob diese Ankündigung im Sinne der Erfinder der Doppelspitze im Willy-Brandt-Haus war?

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:

Patrick Schnieder MdB

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227 71881 • Fax: 030/227 76240

[E-Mail](#) • [Webseite](#) • [Facebook](#)

[Twitter](#) • [Youtube](#)